Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

97 (26.4.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 97 — Dienstag, den 26. April 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Nationalsozialisten verlangen den Rücktritt der preußischen Regierung.

*

Das preußische Staatsministerium wird am Dienstag zusammentreten und zu dem Ergebnis der Landtagswahlen Stellung nehmen.

*

Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion hat Ministerpräsident Braun in einem Schreiben aufgefordert, den alten Landtag sofort aufzulösen.

*

Der neugewählte bayerische Landtag wird Mitte Mai zum ersten Male zusammentreten.

*

Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat Mai den Höchstbetrag ihrer Devisen-Genehmigungen nur bis zu 50 Prozent in Anspruch nehmen dürfen.

*

Reichskanzler Brüning ist am Montag wieder in Genf eingetroffen.

*

Der demokratische Abgeordnete Rainey erklärte, das deutsche Wahlergebnis bedeute eine ernste Bedrohung für die ganze Welt, sodaß Amerika daran direkt interessiert sei. Es beweise ferner, daß Hindenburgs Persönlichkeit bei den Reichspräsidentenwahlen ausschlaggebend war. Das deutsche Volk habe am Sonntag seine wahren Gefühle zum Ausdruck gebracht. Eines sei sicher: Das Wahlergebnis bedeutet das Ende der Reparationen.

*

Von zuständiger amerikanischer Seite in Genf wird betont, daß Staatssekretär Stimson in Genf keinerlei Verhandlungen über die Tributfrage geführt habe und daß eine Aenderung der Haltung der amerikanischen Oeffentlichkeit und des Kongresses in der Schuldenfrage vermutlich dann eintreten könnte, wenn die europäischen Großmächte eine Einigung über die Lösung der brennenden Finanz- und Wirtschaftsprobleme und eine Lösung der Abrüstuugsfrage gefunden hätten.

*

Wie von Berliner unterrichteter Seite verlautet, wird Dr. Brüning am Donnerstag nach Berlin zurückkehren.

*

Ein schwerer Wirbelsturm richtete in den Staaten Arkansas, Tennesse, Kentucky u. den benachbarten Gebieten großen Schaden an. Bisher sollen 12 Personen getötet und zahlreiche verletzt worden sein.

Die Folgen der Wahlen

Schwierige Regierungsbildung — mit Ausnahme von Anhalt

Die Ergebnisse der fünf Länderwahlen vom letzten Sonntag haben — darüber ist nun kein Zweifel mehr — in den Länderparlamenten große Umwälzungen gebracht und eine völlig veränderte Situation geschaffen. In Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt sind die bisherigen Regierungsmehrheiten oder Koalitionen durch den Ansturm der Nationalsozialisten in die Minderheit gedrängt, also geschlagen, wenn auch die Rechtsopposition keine klare parlamentarische Mehrheit erlangte. Die Oppositionsparteien der Rechten und der Kommunisten haben die Mehrzahl der Stimmen und der Mandate erreicht. Eine Ausnahme macht nur Anhalt, wo Nationalsozialisten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei eine klare Mehrheit besitzen, von den 36 Landtagssitzen insgesamt 19, so daß die bisherige Linkskoalition die Regierung an die Rechtsparteien abgeben muß. Auch in Hamburg hat sich gegenüber den drei Hauptwahlländern Preußen, Bayern, Württemberg das Wahlergebnis dadurch unterschieden, daß trotz des Stimmen- und Mandatsgewinns der Nationalsozialisten der bisherige Senat aus Sozialdemokraten, Staatsparteilern und Volksparteilern nicht durch einen Senat der Rechten abgelöst werden kann. Es stehen 69 Stimmen der bisherigen Koalition gegen 65 Stimmen der Rechten, wenn die Volkspartei in der Regierung bleibt, so ändert sich das Verhältnis noch günstiger mit 74 Stimmen der Großen Koalition gegen 60 der Rechtsopposition.

Die Nationalsozialisten haben in allen Ländern, ausgenommen Bayern, wo sie um 1100 Stimmen hinter den Stimmzahlen der Bayerischen Volkspartei zurückblieben, überall die höchsten Wählerzahlen erreicht, sind also zur stärksten Partei aufgerückt, das wird besonders deutlich in Preußen, wo sie 8 Millionen erreichten, die Sozialdemokratie 4,6 und das Zentrum 3,3 Millionen. Die Hitlerpartei konnte in Preußen ihre Stimmenzahl vom Präsidentschaftswahlkampf halten und dadurch 70 Mandate stärker werden als die Sozialdemokratie. Aber nicht nur die Sozialdemokraten verloren in Preußen 44 Mandate, auch die anderen Koalitionsparteien büßten stark ein, so die Staatspartei 20 Sitze und das Zentrum, trotz seiner Stimmensteigerung um über eine halbe Million infolge des erhöhten Wahlquotienten von 40 000 auf 50 000, immer noch 4 Sitze. Starke Verluste erlitten jedoch auch die Volkspartei (33 Sitze), die Deutschnationalen (40 Sitze) und sodann die kleineren Parteien Wirtschaftspartei, Landvolk usw. Die Regierungsbildung in Preußen ist deshalb äußerst schwierig, weil die Rechtsopposition: 162 Nationalsozialisten, 31 Deutschnationale, 7 Volksparteiler nur über 200 Sitze verfügen, während zur Mehrheitsbildung 212 Stimmen notwendig sind. Die alte Weimarer Koalition verfügt nur noch über 162 Sitze. Die Lösung wäre einfach, wenn sich Zentrum und Nationalsozialisten zusammentäten, weil sie über 229 Stimmen im Landtag verfügen. Auch Nationalsozialisten und Kommunisten, die eigentlichen Oppositionsparteien, könnten eine Mehrheitsregierung bilden, woran aber nicht zu denken ist. Da der neue preußische Landtag erst Anfang Juni zusammentreten wird, vergehen noch Wochen bis zur vollständigen Klärung. Das Kabinett Braun wird zurücktreten, um einem Mißtrauensantrag zu entgehen, aber die Geschäfte weiterführen bis zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten, der bekanntlich nur mit einer Stimmenmehrheit im Landtag gewählt werden kann. Ob in Preußen wirklich der ernsthafte Versuch des Zusammengehens von Zentrum und Nationalsozialisten gemacht wird, müssen die nächsten Wochen zeigen. Ein Aufruf des preußischen Zentrums in der Wahlnacht, daß es „bereit sei, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, sofern der Staatsapparat nicht einer Partei ausgeliefert werde und jede Parteiherrschaft ausgeschlossen ist", wird von der Sozialdemokratie bereits dahin gedeutet, daß das Zentrum das Experiment einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten versuchen will.

In Bayern ist die frühere Koalition zwischen Bayerischer Volkspartei, Bauernbund und Deutschnationalen nicht mehr möglich. Sie ist mit 57 Mandaten bei insgesamt 128 in der Minderheit. Eine Koalition zwischen Bayerischer Volkspartei und Nationalsozialisten, die eine Zweidrittelmehrheit ergeben würde, ist nach den bisherigen Aeußerungen der Führer der Bayerischen Volkspartei unwahrscheinlich, wogegen die Nationalsozialisten für eine solche Verbindung sehr wohl zu haben wären. Dagegen wäre eine Koalition zwischen Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokraten, die insgesamt 65 Stimmen aufweisen würde und mit einer Stimme über der Mehrheit wäre, denkbar, um so mehr, als wohl auch der Bayerische Bauernbund sich daran beteiligen würde. Es ist nur die Frage, ob nach dieser Schrumpfung der Sozialdemokratie die Bayerische Volkspartei, die bei einem großen Teil ihrer Wähler unbeliebte und vor allem vom derzeitigen Ministerpräsidenten Dr. Held wiederholt und unzweideutig abgelehnte Bindung mit der Sozialdemokratie einzugehen wagen wird. Schließlich bliebe noch die Möglichkeit einer von der Bayerischen Volkspartei geführten Minderheitsregierung allein oder zusammen mit dem Bauernbund unter stillschweigender Unterstützung durch die Nationalsozialisten oder durch die Sozialdemokratie.

In Württemberg sind ebenfalls die Nationalsozialisten Sieger, wenn sich auch der Zentrumsturm behauptet, sogar um ein Mandat verstärkt hat. Die bisherige Regierungskoalition (16 Zentrum, 15 Bauernbund, 4 Deutschnationale, 8 Demokraten, 4 Volksparteiler) besitzt von den 80 Mandaten jetzt nur noch 33, weil der Bauernbund 6, die Demokratie 4 und die Volkspartei ihren ganzen Besitzstand von 4 Mandaten verloren hat. Auch die Einbeziehung der 3 Vertreter des Volksdienstes würde nichts daran ändern, es stünden immer noch 36 gegen 44. So ist also eine Mehrheit gegen die Regierung Bolz vorhanden, nicht aber eine Mehrheit für eine neue Regierung. Auch eine Regierung der „Harzburger Front" unter Einbeziehung des Bauernbundes würde es nur auf 35 Stimmen bringen. Selbst der „Großen Koalition" unter Einbeziehung des Volksdienstes reicht es zu keiner Mehrheit. So liegen die Dinge in Württemberg fast noch schwieriger als in Preußen, zumal das Zentrum ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten im Wahlkampf strikte abgelehnt hat. Kämen die zwei Parteien doch zusammen, so hätten sie 40 Sitze, mit Einbeziehung der Deutschnationalen und des Bauernbundes sogar 52. Bis zum 10. Mai, dem Tage des Zusammentritts des neuen Landtags, wird sich das noch klären. Die Entscheidung liegt sehr bei den Nationalsozialisten, die bisher der Zusammenarbeit mit anderen bürgerlichen Parteien abhold waren.

Eines hat diese Wahl gelehrt, daß nur die großen Parteien eine Zukunft haben: Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten, höchstens noch die Deutschnationalen dazu. Wenn in Preußen die Deutsche Volkspartei mehr als zwei Drittel ihres Bestandes, die Wirtschaftspartei vier Fünftel, die Staatspartei die Hälfte aller Stimmen und 90 Prozent ihrer Mandate, die Deutschnationalen ein Sechstel ihrer Stimmen verloren — so sind das Vorgänge, die tiefe und grundlegende Aenderungen in der Wählerschaft aufweisen. Die Verluste zahlreicher bürgerlicher Mittelparteien, die dieser Wahlkampf aufzeigte, müssen sich auswirken. Unser Parteiwesen ist in einer völligen Umwandlung. Ob diese dauerhaften Charakter trägt, wird die Zukunft entscheiden.

*

Die Preußenwahl

Vorläufiges amtliches Gesamtergebnis

Berlin, 25. April. Abgegebene Stimmen 22 069 849, Wahlbeteiligung 81 Prozent.

		(20 Mai 1928)
Sozialdemokraten	4 674 943	(5 467 200)
Deutschnationale	1 524 931	(3 276 400)
Zentrum	3 374 413	(2 738 900)
Kommunisten	2 819 602	(2 238 400)
Kleinrentner und Inflationsgeschädigte	25 518	(—)
Deutsche Volkspartei	330 807	(1 602 900)
Volksrechtpartei	44 119	
Wirtschaftspartei	191 032	(855 700)
Deutsches Landvolk	153 562	(277 500)
Nationale Beamte	3 885	(—)
Deutsche Staatspartei	332 441	(840 300)
Nationalsozialisten	8 008 219	(552 700)
Haus- und Landwirte-Partei	67 405	(—)
Deutschhannoveraner	63 803	(—)
Christl.-Soz. Volksdienst	255 068	(72 900)
Soz. Arbeiterpartei	80 437	(—)
Partei der Erwerbslosen	3461	(—)
Polnische Volkspartei	57 731	(—)
Radikaler Mittelstand	9 949	(—)
Nationale Sammlung	6 515	(—)
Nationale Front	13 942	(—)
Liste Schmalix	4 570	(—)
Nationalistische Deutsche Arbeiterpartei	11 592	(—)
Litauer	363	(—)
Friesische Heimat	2 301	(—)
Deutsche Einheitspartei	1 329	(—)

Die Mandate in Preußen

Gewählt wurden **422 Abgeordnete**, nämlich

Sozialdemokraten	93	(bisher 137)
Deutschnationale	31	(bisher 82)
Zentrum	67	(bisher 71)
Kommunisten	57	(bisher 56)
Deutsche Volkspartei	7	(bisher 40)
Staatspartei	2	(bisher 21)
Nationalsozialisten	162	(bisher 8)
Hannoveraner	1	(bisher —)
Christl.-Soz.	2	(bisher 4)

Die bisherige Koalition aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten erhielt 162 (bisher 229) Sitze, die Rechtsopposition der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Landvolk, Wirtschaftspartei 200 (163). Die Entscheidung liegt also bei den Kommunisten.

Berlin, 25. April. Klar ist überall ein **weiteres Anwachsen der Nationalsozialisten**, gemessen an den früheren Parlamentswahlen sogar ein sehr starkes Anwachsen, dagegen ist aber ein Rückgang der Kommunisten sowohl gegenüber den umgerechneten Ziffern aus der Reichstagswahl vom 14. September 1930 wie gegenüber dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl festzustellen, denoch der Gewinn eines Sitzes. Am deutlichsten tritt aber der weitere Rückgang **der kleineren Mittelparteien** in Erscheinung, von denen in Preußen nur drei, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Staatspartei und der Christliche Volksdienst überhaupt Mandate nach Hause bringen. Die Volkspartei dürfte von den 40 Abgeordneten, durch die sie im vorigen Landtag vertreten war, nur 7 wieder entsenden, wobei allerdings eine Verminderung der Mandatszahl von 450 auf 422 zu berücksichtigen ist, die Staatspartei von 22 nur 2 Mandate behalten, obwohl sie fast genau die gleiche Stimmenzahl wie die Volkspartei aufzuweisen hat, und auch die Christlich-Sozialen büßen von ihren 4 Mandaten 2 ein. Die Hannoveraner behalten einen Sitz. **Wirtschaftspartei, Landvolk, Nationale Front und Volksrechtpartei sowie alle die übrigen Splitter gehen leer aus. Eine Mehrheitsbildung ist also weder auf der Seite der Rechtsopposition noch bei der bisherigen Koalition oder etwa durch deren Ausweitung mit Hilfe der Splitterparteien möglich.** Dagegen ist die Opposition einschließlich der Kommunisten in der Mehrheit.

*

Die Bedeutung der Wahlergebnisse

Die unter der Bezeichnung **„Nationale Front"** zusammengefaßten Parteien haben Wahlerfolge, d. h. mindestens 50 000

Stimmen in den Wahlkreisen, nicht erzielt. Aehnlich liegen die Dinge bei der **Staatspartei** und beim **Christlich-Sozialen Volksdienst.** Beide Parteien haben je nur einen Sitz in den Wahlkreisen errungen. Obgleich auf ihren Landeswahlvorschlägen 282 441 bezw. 260 068 Reststimmen vorhanden sind und diese Stimmenzahl an sich ausreichen würde für weitere 6 bezw. 4 Mandate, kann diesen Parteien auf dem **Landeswahlvorschlag je nur ein Sitz zuerkannt werden,** da einer jeden Partei auf der Landesliste im Höchstfall so viele Mandate zuerkannt werden dürfen, wie sie Sitze auf den Kreislisten errungen hat. Aus dem gleichen Grunde können auch der Sozialistischen Arbeiterpartei und den „Nationalen Minderheiten" Mandate nicht zugebilligt werden. Die **Deutsche Volkspartei** hat sieben Mandate insgesamt erhalten. Da nach Zuteilung dieser Sitze 24 926 unverbrauchte Reststimmen auf der Landesliste verbleiben, ein Rest von 25 000 aber einen weiteren Sitz erbringt, kann damit gerechnet werden, daß der Deutschen Volkspartei bei der endgültigen Feststellung des Wahlergebnisses ein weiterer Sitz zufällt.

*

Nachklänge zur Preußenwahl

Die Gewinne und Verluste in Preußen

Berlin, 25. April. Wie wir erfahren werden in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums am Dienstag sich die preußischen Minister über das Ergebnis der gestrigen Wahlen aussprechen. Man glaubt in unterrichteten Kreisen aber **nicht, daß bereits jetzt eine Entschließung zu erwarten ist,** die die Situation klären könnte. So wird auch nicht angenommen, daß dem deutschnationalen Antrag auf sofortige Auflösung des alten Landtags Rechnung getragen wird, dessen Zeit bekanntlich erst am 20. Mai abläuft. Das würde bedeuten, daß der neue Landtag in der Tat erst um den 20. Juni zusammentritt. Da die **Rücktrittserklärung des Ministerpräsidenten Braun** erst nach der Wahl des neuen Landtagspräsidenten erwartet wird, wird sich inzwischen nach allgemeiner Auffassung auch an den Regierungsverhältnissen nichts ändern. Auf die Frage nach der späteren Zukunft wird in sozialdemokratischen Kreisen erklärt, daß zunächst das **Zentrum das Wort** habe; es werde sich entscheiden müssen, wie es sich nach dem gestrigen Wahlergebnis einstellen wolle.

Die **Gewinne der Nationalsozialisten** erstrecken sich auf alle Wahlkreise und sind am größten in Ostpreußen (113 000), Frankfurt a. O. (72 000), Merseburg (71 000), Hessen-Nassau (94 000), Düsseldorf-Ost (65 000) und Potsdam I (61 000), am geringsten in Potsdam II mit rund 6000. Die bürgerlichen Mittelparteien sind durchwegs außerordentlich geschwächt und zum Teil einer parlamentarischen Vertretung überhaupt beraubt. Eine Ausnahme macht nur das **Zentrum,** das seine Stimmenzahl gegen 1928 um 504 000 und gegen 1930 um 216 000 vermehren konnte.

Die **Sozialdemokratie,** die schon 1930 nahezu 500 000 Wähler in Preußen verloren hatte, hat einen weiteren Rückgang von über 300 000 Stimmen erfahren. Sie hat aber nicht durchgängig verloren. Besonders bemerkenswert sind ihre Verluste von 98 000 Stimmen in den drei schlesischen Wahlkreisen, von 48 000 in Südhannover, von 55 000 in Westfalen-Süd und von 44 000 in Hessen-Nassau. Einem Rückgang in der Mehrzahl der Wahlkreise stehen Gewinne gegenüber in Ostpreußen (29 000), Berlin (15 000) und Potsdam I (9000), während in Potsdam II, Frankfurt a. O., Pommern und Schleswig-Holstein die SPD. ihren Besitzstand von 1930 gehalten hat.

Nächst den Mittelparteien hat die **Deutschnationale Volkspartei** die fühlbarsten Einbußen erlitten. 1928 zählte sie noch 3 276 000 Wähler, um dann 1930 auf 1 968 000, beim ersten Präsidentschaftswahlgang auf 1 820 000 und am gestrigen Sonntag auf 1 525 000 abzusinken. Am sichtbarsten treten die Verluste in den Wahlkreisen Ostpreußen, Breslau, Liegnitz, Merseburg und Schleswig-Holstein zutage, in denen die Deutschnationalen seit 1928 rund zwei Drittel ihres damaligen Besitzstandes an andere Parteien abgeben mußten.

*

Kundgebung des preußischen Zentrums

Berlin, 25. April. Eine Kundgebung des Vorstandes der preußischen Zentrumspartei, die von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Justizrat Moennig, unterzeichnet ist, besagt:

Die neu gewählte Zentrumsfraktion in Preußen wird entsprechend dem Aufruf zu Beginn des Wahlkampfes und getreu dem Programm und der Ueberlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Landtag das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkskultur und einer gesunden Volksdemokratie sehen. **Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen sind.** Sie tritt in voller Uebereinstimmung mit der Reichspartei für eine Politik ein, die dem deutschen Volke innere und äußere Freiheit, Zukunftsentwicklung und Weltgeltung schafft und sichert. Die Zentrumsfraktion wird sich fürderhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden.

*

Deutschnationale an den preußischen Ministerpräsidenten

Berlin, 25. April. Der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an den preußischen Ministerpräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: „Die gestrigen Wahlen haben ergeben, daß die jetzige Regierung im Volke und im künftigen Landtag eine Mehrheit nicht mehr hat und daher das nach Artikel 57 der preußischen Verfassung notwendige Vertrauen des neuen Landtages nicht mehr besitzen wird. **Es ist daher widersinnig, daß die Regierung noch im Amte bleibt und sich dabei auf das Vertrauen eines vor vier Jahren gewählten Landtages beruft. Namens der deutschnationalen Landtagsfraktion beantrage ich daher die sofortige Auflösung des jetzigen Landtages nach Artikel 14 Absatz 1 der Verfassung durch Beschluß des in diesem Artikel vorgesehenen Ausschusses herbeizuführen.**

*

Berliner Pressestimmen

Die **„Deutsche Allg. Zeitung"** stellt fest, daß das Hauptziel des Preußenwahlkampfes erreicht sei: Die Mehrheit der Weimarer Koalition sei beseitigt. Das Zentrum, ohne das eine Regierungsbildung in Preußen nicht möglich sei, müsse sich mit den Gruppen rechts verständigen. Die Niederlage seiner bisherigen Koalitionsgenossen sei so außerordentlich und der Erfolg der Nationalsozialisten so beträchtlich, daß unbedingt die politischen Folgerungen gezogen werden müßten. Weiter wird von der „Deutschen Allg. Zeitung" darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse der Länderwahlen unmöglich ohne Rückwirkung auf die Reichspolitik bleiben könnten.

Der **„Vorwärts"** hebt hervor, daß die Rechte nahe an der Mehrheit sei und daß die Nationalsozialisten jetzt im protestantischen Teil Deutschlands die bürgerliche Partei seien. Die Entscheidung für die weitere Entwicklung liege jetzt in erster Linie dem Zentrum. Auf alle Fälle stehe man in Preußen und in ganz Deutschland vor schweren Kämpfen, die nur unter sozialdemokratischer Führung zum Guten geführt werden könnten.

Das **„Berliner Tageblatt"** schreibt, die Eroberung Preußens sei gescheitert. Es gebe keine Sieger. Die einzige Regierungsmöglichkeit sei eine Verbindung von Zentrum und Nationalsozialisten: es sei ausgeschlossen, daß diese beiden Parteien jemals zusammen kämen.

Die **„Germania"** bringt als vierspaltige Ueberschrift „Nicht ohne Zentrum". Die Ausschaltung des Zentrums ist nicht gelungen. Es sei auch im neuen Landtag ein Machtfaktor, der in alle politischen Berechnungen als wichtigste Größe eingesetzt werden müsse.

Die **„Vossische Zeitung"** betont, daß für alle verantwortungsbewußten Kreise jetzt erst recht die Erkenntnis maßgebend sein müsse, daß die Lebensinteressen der Nation an der Fortführung der Reichspolitik hingen. Die Stärkung der Reichsgewalt durch eine entschlossene Reichsreform sei aus einer theoretischen Forderung zu einer Frage der praktischen Politik geworden.

Der „Völkische Beobachter" zu den Wahlergebnissen

München, 25. April. Der „Völkische Beobachter" sieht ein wesentliches Element des Ergebnisses in dem Stimmenverlust der Sozialdemokraten. Die **Sozialdemokratie,** sagt das Blatt, habe einen Schlag erlitten, wie sie ihn in ihrer ganzen Geschichte nicht erlitten habe. Für das **Zentrum** ergebe sich nunmehr eine entscheidende Situation. Es könne die Bildung einer Regierung der NSDAP. plus bürgerliche Parteien verhindern, aber es sei sich wohl auch im klaren darüber, daß die Opposition gegen den schwarz-roten Block heute sehr stark sei, daß sie in der Lage sei, alle Maßnahmen der Parteien dieses Blocks ebenfalls zu verhindern.

*

Französische Pressestimmen zur Preußenwahl

Paris, 25. April. „Journal" schreibt, Hitler sei noch nicht der Herr, aber künftighin könnten nur sehr starke und geschützte Kombinationen die Garantie bilden, in der deutschen Politik eine wichtige Rolle zu spielen.

„Echo de Paris" knüpft an das Wahlergebnis weitgehende Kombinationen. Es meint, das Deutschland von Weimar verschwinde alle Tage etwas mehr. Der deutsche Parlamentarismus sei gestorben. Man befinde sich bereits einem vierten Reich gegenüber, das von Militärpersonen und methodischen Bürokraten, von Kalkulatoren und Anhängern der Autoritätspolitik geleitet werde.

„République" schreibt, die Wahl sei sowohl besorgniserregend, wie beruhigend. Besorgniserregend, weil die revolutionäre Woge weiter über Deutschland hinweg gehe, beruhigend, weil Hitler nicht über die absolute Mehrheit verfügen werde.

„Quotidien" schreibt: Deutschland sei in ein Abenteuer geraten, dessen Ende und Folgen man nicht absehen könne. Man beobachte eine Entwicklung, an der sich weder Frankreich noch Europa desinteressieren könnten.

Der sozialistische „Populaire" urteilt, die Wahl sei für Hitler die letzte Gelegenheit gewesen, sich der Regierungsgewalt, wenigstens in Preußen zu bemächtigen. Gestern sei die letzte legale Schlacht ausgekämpft worden, und Hitler habe sie verloren.

Die italienische Presse zu den Landtagswahlen.

T.U. Rom, 25. April. Die italienischen Blätter verkünden mit großen Ueberschriften den großen Wahlsieg der Nationalsozialisten bei den deutschen Landtagswahlen. Es wird übereinstimmend darauf hingewiesen, daß eine rechnungsmäßige Behandlung der durch die Niederlage der Weimarer Koalition geschaffenen Lage der politischen Lehre der Wahlen nicht entsprechen würde. Das „Giornale d'Italia" unterstreicht, daß Hitler eine absolute Mehrheit in Preußen erreicht hätte, wenn die Gruppen der Rechten nicht selbständig vorgegangen wären und ihre Stimmen zersplittert hätten. Die „Lavoro Fascista" erklärt, Hitlers Abrechnung mit den Sozialdemokraten werde nun in ihren entscheidenden Abschnitt treten. Die „Tribuna" meint, daß die Nationalsozialisten in Deutschland ein Element der Erneuerung seien. Man müsse sie verstehen.

Amerika und die deutschen Wahlen. — „Das Ende der Reparationen".

T.U. Washington, 25. April. Im amerikanischen Kongreß ist der Ausgang der deutschen Wahlen Gegenstand lebhafter Erörterungen besonders im Zusammenhang mit der Tributfrage. Der demokratische Abgeordnete Linthicum, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses erklärte, daß er den Erfolg der Nationalsozialisten bedauere, aber andererseits durch die Tatsache erfreut sei, daß dadurch die Kommunisten zurückgedrängt würden. Wenn die Nationalsozialisten an die Macht kämen, würde dieses das Ende aller Reparationszahlungen bedeuten, was er, Linthicum, gleichfalls erhoffe. „Ich kann nicht sehen, wie Deutschland in den nächsten Jahren Zahlungen leisten soll, ganz gleich, ob Hindenburg oder Hitler regiert. Wir alle hoffen aber, daß die Republikaner in Deutschland die Kontrolle behalten." Die deutsche Wirtschaftslage sei die Hauptursache der nationalsozialistischen Erfolge.

Die Wahlen in Oesterreich

Das Wahlergebnis aus Wien

Wien, 25. April. Das vorläufige Ergebnis der Gemeinderats- und Landtagswahl in Wien ist: Sozialdemokraten 682 323 (703 718), Christlichsoziale 233 622 (282 959), Nationalsozialisten 201 365 (27 457), Kommunisten 20 839 (10 626). Der Rest, einschließlich Großdeutsche, zersplittert.

Das vorstechendste Merkmal der Gemeinderats- und Landtagswahlen in **Wien, Niederösterreich, Steiermark, Salzburg** und **Kärnten ist das beinahe sprunghafte Vorrücken der nationalsozialistischen Front.** Sie hat eine Vertretung in der niederösterreichischen und in der Salzburger Landesregierung, sowie vier Bundesratsmandate erworben.

Das christlichsoziale „Wiener Montagsblatt" sagt, es zeige sich eine parteipolitische Entwicklung Oesterreichs zum Dreiparteisystem, nachdem die Großdeutschen und der Landbund praktisch aufhörten, als politische Parteien zu leben. Neben den großen Fronten der Sozialdemokraten und Christlichsozialen scheine die Nationalsozialistische Partei zum Sammelbecken der großen Masse jener geworden zu sein, welche zwischen diesen Parteien gestanden haben und nunmehr nach rechts abgetrieben worden seien.

Die Wahlen in Salzburg

Wien, 25. April. In Salzburg hatten die **Landtagswahlen** folgendes Ergebnis: Gültige Stimmen 127 517 (früher 123 200), davon Sozialdemokraten 29 810 (36 919), Christlichsoziale 43 013 (51 121), Großdeutsche 2050 (15 631), Nationalsozialisten 24 156 (4597), Bauernbund 7361 (6755), Kommunisten 3127 (755).

Mandatsverteilung: Sozialdemokraten 8 (9), Christlichsoziale 12 (11), Landbund 0 (1), Großdeutsche 0 (2), Nationalsozialisten 6 (0), Kommunisten 0 (0).

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

37. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sie kehrten in das Zelt zurück. An Schlaf war nicht mehr zu denken. Jeder brannte sich eine Pfeife an und überließ sich, dumpf vor sich hinstarrend, seinen eigenen Gedanken, die genau die gleichen waren, die auch der andere hatte.

Wie lange? Der Zeiger ihrer Lebensuhr näherte sich der Stunde, die den Ablauf brachte. Das war ihnen Gewißheit. Es war zwecklos, sich in Anklagen gegen das Schicksal zu ergehen; sie mußten sich still fügen.

Zwei weitere Tage vergingen, immer mit der Befürchtung vor Augen, daß eine größere Welle sie herunterspülen, oder die Scholle, morsch geworden, zerbrechen würde.

„Jetzt!" schrie Rudi auf, sich an Dieter klammernd, der wie er, heftig zusammenschrak. Ihre Eisscholle hatte einen ziemlich kräftigen Stoß bekommen.

Sie wunderten sich darüber, weil, was bisher um sie herumgeschwommen, nicht von Bedeutung war. Wie erstaunten sie, als sie beim Hinaustreten vor das Zelt bemerkten, daß sich die Zahl der Eisschollen beträchtlich vermehrt hatte, die von einer Strömung herbeigeführt wurden und gegen ihren Wohnsitz drängten, daß es den Anschein hatte, als würden sie dem Lande zugeschoben.

Es war kälter geworden; das Wasser auf der Scholle gefror, auch hatte es wieder angefangen zu schneien. Ein neuer Witterungsumschlag war eingetreten.

Sollten sie doch noch mit dem Leben davonkommen? Aber das Land war weit und sie hielten es für unwahrscheinlich, daß sie bis dorthin abgedrängt werden würden.

Es geschah auch nicht. Sie segelten weiter, kamen dann und wann dem Land ein Stückchen näher um gleich darauf wieder in die alte Bahn zurückzugeraten.

Wieder verging ein Tag. Immer mehr Eisschollen waren herangekommen und preßten sich gegeneinander; jetzt war von einer offenen Meeresstelle kaum noch etwas zu sehen. Das Bild, das sich ihnen bot, ähnelte demjenigen, das sie damals beim Loslösen ihrer Scholle erblickt hatten.

Die Hoffnung zog in ihre Herzen ein, das sich aufs neue eine sicher tragende Eisdecke bilden würde. Diesmal wurden sie nicht enttäuscht. Wenn sie auch das Land nicht erreicht hatten, so wurden sie doch jetzt nicht mehr abgetrieben, sondern saßen fest. Und wenn sie nicht alles täuschte, war die ersehnte Verbindung mit dem Lande hergestellt.

Rudi hätte am liebsten sofort das Zelt abgebrochen und wäre schnurstracks über das Eis gelaufen, wenn Dieter nicht gewesen wäre.

„Haben wir solange auf diese Stunde warten müssen, dann macht es jetzt auch nichts aus, ob wir einen Tag früher oder später, dann aber umso sicherer, das Land erreichen. Denke an deinen Fuß, Rudi, und an die Sachen, die wir mitschleppen müssen."

Rudi fügte sich, wenn es ihm auch recht schwer fiel. Zwei Tage später jedoch war seine Geduld erschöpft. Dieter war nunmehr mit dem Aufbruch einverstanden.

Winkte ihnen mit dem Betreten des Landes auch noch lange nicht die Rettung, so hatten sie doch wenigstens die Gewißheit, nicht mehr versinken zu müssen.

Der Wind peitschte ihnen den Schnee ins Gesicht, daß ihnen die Haut schmerzte, die strenge Kälte durchdrang ihre Kleider; zudem machte sich die aufgezwungene Ruhezeit, während der sie sich nur wenig hatten bewegen können, ungünstig bemerkbar. Die Beine waren ihnen steif geworden, die Gelenke kamen ihnen vor wie eingerostet. Doch dessen ungeachtet eilten sie, so schnell es gehen mochte, über die festgefügte Eismasse, die nur ganz selten eine schmale Rinne unterbrach.

Todmüde, in Schweiß gebadet, erreichten sie endlich das Land. Keinen Schritt weiter taten sie, sie waren am Ende ihrer Kräfte. Sofort errichteten sie das Zelt und kaum, daß sie ein paar Bissen genossen hatten, fielen sie in Schlaf, zum ersten Male seit langer Zeit in der tröstlichen Gewißheit, nicht in das nasse Grab zu sinken.

Wie lange sie geschlafen, wußten sie nicht: als sie die Augen aufschlugen, erschraken sie überaus heftig.

Mitten in ihrem Zelt stand ein Mann, den sie wie eine Geistererscheinung anstarrten; regungslos, als könnte eine Bewegung sie verscheuchen, sahen sie auf die ihnen wunderlieblich erscheinende, traumhafte Gestalt.

Stand da wirklich ein lebender Mensch? Unfaßbar erschien es ihnen, daß in dieser Einöde ein menschliches Wesen existieren sollte.

Rettung in zwölfter Stunde?

Die bärtige Gestalt mit dem dunkelfarbigen Gesicht, kleinen, tiefliegenden Augen, genau so, wie sie Grönländer von Bildern her kannten, ganz und gar in Pelzkleidung, starrte sie genau so verwundert und wortlos an.

Dieter erfaßte zuerst die Situation. Er sprang auf, trat auf den Fremden zu und streckte ihm die Hand hin. Mit einer unbeschreiblichen Freude im Herzen begrüßte er ihn auf Deutsch.

Der Fremde sah auf Dieters Hand, zögerte einen Moment, dann legte er die seine hinein. Er antwortete etwas, doch was er sagte, verstand keiner der beiden; diese tiefen, seltsamen Laute hatten sie noch nie gehört.

Es war Dieter sofort klar, daß sie sich gegenseitig nicht verstanden hatten. Er widerholte seinen Gruß in englischer Sprache, und nun gewahrte er ein Aufleuchten in den Zügen des Besuchers, der ebenfalls englisch antwortete.

„Wer seid Ihr? Und woher kommt Ihr?"

So einfach diese Fragen waren, so schwer war ihre Beantwortung für das Verständnis dieses Fremden, da er des Englischen längst nicht so mächtig war wie Dieter und vieles, was ihm gesagt wurde, ihm ganz unbegreiflich vorkommen mußte. Er schüttelte immer wieder den Kopf. Sicherlich war er der Meinung, daß man ihm ein Märchen auftischte.

„Wohin wollt Ihr?" brach er Dieters Schilderung ab.

„Nach Ivigtut!" antworteten beide wie aus einem Munde.

Eine Sekunde lang tiefes Erstaunen auf dem Gesichte des Grönländers, dann lachte er auf, wie über einen guten Witz.

„Oh, Ivigtut!" wiederholte er und machte dazu eine Handbewegung, als wolle er sagen: Das liegt ja am andern Ende der Welt!

„Wollen Sie uns hinbringen, oder uns wenigstens den Weg zeigen?"

Der Mann schüttelte den Kopf und lachte wieder. Dann bequemte er sich zu der Antwort:

„Viel zu weit!"

„Ja, wo sind wir denn eigentlich? Doch auf Grönland, und vermutlich auf dessen Südspitze?"

(Fortsetzung folgt.)